

Politisches Profil der Christen

Nicht nur in Regionen mit religiösen Tropentemperaturen wie den Philippinen oder Lateinamerika, sondern auch im religiös eher nordischen Klima der Bundesrepublik wird christlicher Glaube wieder als politisches Potential entdeckt. Christlich motivierte Bürger, zumal Jugendliche und junge Erwachsene, sowohl die kirchlich engagierten als auch die distanzierten, scheinen heute in größerer Zahl als früher politisch ansprechbar zu sein.

Angesprochen hat viele, wie die Auflagenhöhe und die Diskussionswirkung belegen, etwa Franz Alts umstrittener Versuch, eine bestimmte Friedenspolitik als „die Politik der Bergpredigt“ darzustellen. Angesprochen hat Alfred Mechttersheimer die Teilnehmer des Düsseldorfer Katholikentags von unten (1982) mit der Begründung, die Friedensbewegung brauche den moralischen Rigorismus der katholischen Kirche. Ein Jahr später, beim Evangelischen Kirchentag in Hannover 1983, konfrontierten Transparente die Besucher mit der IG-Metall-Forderung: „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!“ Andere Stichworte hießen und heißen: Startbahn West, Nicaragua, Wackersdorf – aber auch als weithin konsensfähige Ausnahme: Afrika-Tag 1985, die Sammelaktion für Hungernde.

Gewiß spielt hier auch die Gängelung durch bestimmte Interessen- und Überzeugungsgruppen eine Rolle, doch ist die Herausforderung umfassender zu sehen. Die Bundesrepublik hat in den letzten zwanzig Jahren einen Politisierungsschub erfahren. Obwohl jene, die noch mehr Politisierung wollen und an Grenzen stoßen, der jungen Generation Rückzug ins Private vorwerfen, wird heute im allgemeinen im Schulunterricht und in den Medien, in den Schülerorganisationen der Parteien und in Bürgerinitiativen engagierter über politische Fragen diskutiert als früher, und vor allem: Viele suchen nach Möglichkeiten einer aktiveren Mitbestimmung des politischen Lebens, vom einfachen Demonstrieren bis zum zivilen Ungehorsam.

Die einzelnen Christen und die kirchlichen Verbände, die sich traditionell um stillere Formen staatsbürgerlicher Partizipation bemüht hatten und bis in die sechziger Jahre hinein zur „Entideologisierung der Politik“ ermahnt worden waren, sahen sich plötzlich mit einer aktiveren, drängenderen, manchmal auch agitierenden Einstellung konfrontiert, die mit ihrer „Remoralisierung“ (P. Glotz) das Politische zu einer Sache aufwertete, die gerade Christen „unbedingt angehen“ muß. Deren Antwort kann nun weder im wahllosen Mitmachen bei allen Initiativen noch in völliger Verweigerung bestehen.

Es ist gewiß auch in Zukunft wichtig, daß sich die Amtskirche durch kompetente Kommissionen und möglichst ökumenisch zu Fragen wie der Ausländer-, Frie-

dens- und Umweltpolitik äußert und eine sozialetische Orientierung gibt, die von Parteiinteressen unabhängig ist und die Zustimmung aller Christen finden kann. Wäre darüber hinaus aber nicht auch zu wünschen, daß sich unter den politisch aktiveren Christen ein Konsens über aktionswürdige, eindeutig dringliche Schwerpunktziele auf einer mittleren Ebene zwischen Grundsatzerklärung und tagespolitischer Arbeit herausbildet? Eine Aktionsplattform und ein politisches Profil für Christen, das nicht integralistisch, in Konkurrenz zu den Parteien und Gewerkschaften für alles eine eigene Lösung anbietet, das es aber auch nicht völlig diesen Gruppierungen überläßt, zu bestimmen, wofür sich ein Christ einzusetzen hat. Ein Profil, das eigene Schwerpunkte setzt und einige Aktionsmöglichkeiten für alle aufzeigt – auch für Gruppen, die viele Probleme nicht kompetent analysieren können, aber etwas Hilfreiches tun wollen und den Einstieg in ein politisch aktiveres Leben suchen. Ein Profil, das die Christen nicht den Parteien entfremdet, ihnen aber deutlich macht, was sie über deren Grenzen hinweg auch im politischen Willen verbinden kann.

Als Leitlinie nach innen müßte dieses Profil vorzeichnen, für welche mittelfristigen Schwerpunkte sich Initiativen der eigenen Gruppen nahelegen: Hilfsaktionen wie den Verkauf von Waren aus der Dritten Welt (wobei sich die begleitende Informationsarbeit an das Unumstrittene halten müßte), Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und dergleichen – Initiativen, zu denen „wir“ alle einladen, die sich anschließen wollen. Als Leitlinie nach außen müßte es zeigen, welche Aktionen „anderer“ für Christen eindeutig unterstützenswert sind und worüber man verschiedener Meinung sein kann.

Christen könnten sich unschwer auf zwei Schwerpunkte einigen, für die es trotz allen politischen Eifers mehr als genug zu tun gibt, ja für die man wohl gerade vom Ethisch-Religiösen aus Interesse wecken muß: Daß sie gegen die weitverbreitete Gleichgültigkeit und Resignation in bezug auf Armut und Unterdrückung in der Welt eine unbeugsame Bewegung für Entwicklung und für Menschenrechte bilden müssen. Denn das sind keine umstrittenen Befürchtungen, sondern unbestreitbare Tatsachen: Jedes Jahr sterben etwa 15 Millionen Menschen an den Folgen der Unterentwicklung, und in westlichen und östlichen Diktaturen werden Menschen unterdrückt, gefoltert, ohne fairen Prozeß inhaftiert und ermordet.

Hier geht es um Lebensgrundlagen und damit um vordringliche Werte: „Ich war hungrig, ich war im Gefängnis...“ (Mt 25, 34 ff.). Eine globale Erfolgsstrategie ist zwar nicht in Sicht, doch steht fest, daß mit Phantasie und Ausdauer mehr zu erreichen ist, als die Pessimisten wahrhaben wollen: Die Einkommen in den Entwicklungsländern sind gestiegen, die Ernährung hat sich, abgesehen von Afrika, verbessert, die Lebenserwartung erhöht. Und die Bemühungen von amnesty international und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte sind in nicht wenigen Fällen erfolgreich gewesen. Das ist gewiß nicht alles, aber genug, um es mit Elan weiterzuführen.

Bernhard Grom SJ